

*
*
*
*
*
*
*
*

ÜBERSICHTEN

*
*

* * * * *

AUSSENPOLITIK

*
*

* * * * *

WESTEUROPA

*(1)

Chinesisches Plädoyer für weitere "Europäisierung"

Beijing empfiehlt das europäische Projekt "Eureka" und lehnt das amerikanische SDI ab (Argument: Militarisierung des Weltraums, Gefährdung des Weltfriedens, weiteres Wettrüsten), womit gleichzeitig auch der Rat an die Europäer zur Wahrung von Distanz gegenüber SDI verbunden ist. Eureka sei demgegenüber ein dem Frieden dienendes Projekt, das den Europäern obendrein die Möglichkeit zur Selbststärkung gebe.

In gleicher Richtung geht auch der Rat an die EG, doch möglichst schnell das Mehrheitsbeschlußsystem einzuführen. Schon in naher Zukunft wird die EG aus zwölf Ländern bestehen. Falls auch dann noch das von de Gaulle 1965 durchgesetzte Vetorecht weiter ausgeübt werden könne, bestehe die Gefahr, daß Europa in seiner Beschlußfähigkeit noch mehr gehemmt werde als bisher. Mangelnde Beschlußfähigkeit und langsame Reaktionen auf die Herausforderungen vor allem der USA und der Japaner, aber auch überstarke Dezentralisation der EG seien dafür maßgebend, daß Europa seine wirtschaftliche und technologische Kraft nicht voll ins Spiel bringen könne.

Alle Teilnehmer hätten sich nun endlich! - bei der Tagung in Luxemburg am 15. Oktober 1985 auf einen Entwurf zur Abänderung der Römischen Verträge geeinigt - einen Entwurf, der allerdings noch ausdiskutiert werden müsse. Es gehe um die Bildung eines gemeinsamen Binnenmarkts, die Förderung eines technologisierten Europas (Eureka), die Einrichtung eines einheitlichen europäischen Währungssystems, vor allem aber um die Einführung eines Mehrheitsbeschlußsystems. Je schneller dies gelinge, desto besser (BRu 1985, Nr. 39, S. 15).

Beim Besuch des spanischen Ministerpräsidenten Felipe Gonzalez in

China Anfang September betonte Zhao Ziyang, daß ein starkes und selbständiges China und ein zusammengeschlossenes mächtiges Westeuropa wichtige Faktoren für den Frieden seien. Beide müßten auf der Grundlage des gegenseitigen Nutzens ihre Zusammenarbeit verstärken (XNA, 6.9.85). In ähnlichem Sinne sprach sich Deng Xiaoping aus (XNA, 7.9.85). Das vereinte Europa sei eine "Kraft des Friedens", betonte Deng auch gegenüber dem französischen Außenminister Dumas (XNA, 2.9.85).

Vom 4. bis 10. September fand in Brüssel eine europäisch-chinesische Tagung über die Zusammenarbeit auf wissenschaftlichem und technologischem Gebiet statt, wobei Biotechnologie, Informations- und Telekommunikationswesen im Vordergrund standen. Das Symposium fiel zusammen mit dem 10. Jahrestag der Errichtung diplomatischer Beziehungen zwischen China und der EG (XNA, 30.9.85).

Trotz einer weiteren Normalisierung im chinesisch-sowjetischen Verhältnis versäumt es Beijing nicht, die Europäer vor Spaltungsversuchen durch die UdSSR zu warnen. Ein solcher Versuch sei auch mit der Visite des neuen ZK-Generalsekretärs Gorbatschow vom 2. bis 5. Oktober in Frankreich verbunden gewesen. Gorbatschow habe seinen ersten Besuch in Europa ausgerechnet in Frankreich angesetzt, weil dieses den SDI-Plänen der USA am engagiertesten entgegenstehe und weil es überhaupt die unabhängigste Politik in Europa steuere. In dieser Situation könne mit der Frankreich-Karte besonders wirksam vorgegangen werden (XNA, 3., 4. und 5.10.85). -we-

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

*(2)

China - UdSSR: 7. Gesprächsrunde

Seit Oktober 1982 laufen die chinesisch-sowjetischen Normalisierungsgespräche: jährlich finden sie zweimal, und zwar abwechselnd in den beiderseitigen Hauptstädten, statt - diesmal am 4. Oktober in Beijing.

Auch bei dieser 7. Runde kam es zu keinen substantiellen Ergebnissen, obwohl sich die Beziehungen ansonsten in den vorausgegangenen Monaten ein weiteres Mal entspannt hatten. Am 26. Oktober beispielsweise waren die Außenminister beider Staaten am Rande der UNO-Vollversammlung zusammengetroffen (XNA, 27.9.85). Beide Seiten schickten sich auch höfliche Grußtelegramme anlässlich ihrer beiderseitigen Nationalfeiertage. Nicht zuletzt aber empfing Staatspräsident Li Xiannian am 12. Oktober

eine Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR - dies war die ranghöchste Delegation seit dem Abbruch der beiderseitigen Beziehungen i.J. 1960.

Inzwischen wurde auch bekannt, daß die beiden Außenminister in New York vereinbart haben, sich wechselseitig zu besuchen.

Anlässlich des 40. Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkriegs, der in China vor allem im Zusammenhang mit der Kapitulation Japans am 15. August gefeiert wird, kam es auch zu zahlreichen Kranzniederlegungen an den Denkmälern jener sowjetischen Soldaten, die während des "Widerstandskriegs gegen Japan" (1937-1945) gefallen sind. Führende Mitglieder der Regierungen in den Provinzen Hubei, Sichuan, Jiangsu, Liaoning, Jilin, Heilongjiang und in der Stadt Manzhouli (Innere Mongolei) legten aus diesem Anlaß Kränze nieder. (XNA, 4.9.85) Kriegsende und "Ehrung der Märtyrer der sowjetischen Armee" wurden also in einem gefeiert - eine vielsagende Geste in Richtung Moskau.

Die chinesisch-sowjetischen Beziehungen sind z.Zt. in einer Patt-Situation: Auf der einen Seite werden intensive Kultur- und Handelsbeziehungen aufgebaut (man denke an das für den Zeitraum bis 1990 unterzeichnete Handelsabkommen und an das Abkommen über die Beteiligung der Sowjetunion an der Modernisierung und dem Bau chinesischer Industrieobjekte sowie an die Lieferung von 17 TU 144 Ms-Flugzeugen an China), auf der anderen Seite sind die zwischen beiden Staaten stehenden politischen Fragen, vor allem die "Drei großen Bedingungen" noch lange nicht geklärt. Auch hat ein Sprecher der ZK-Abteilung für internationale Beziehungen am 5. Oktober unmissverständlich daraufhingewiesen, daß Beziehungen zur KPdSU für die KPCh vorerst nicht zur Debatte stünden. Daß beide Staaten auf Staatsebene miteinander verkehrten, sei selbstverständlich; das eine habe jedoch mit dem anderen nichts zu tun. China unterhalte auch keine Beziehungen zu den KPs der DDR, Ungarns, Polens, der CSSR und Bulgariens.

Solche Beziehungen kämen nur in Frage, wenn die Prinzipien der Unabhängigkeit, der Eigeninitiative, der völligen Gleichheit, des gegenseitigen Respekts und der gegenseitigen Nichteinmischung gewährleistet seien (XNA, 5.10.85).

Lediglich zu den KPs von Jugoslawien und Rumänien unterhält die KPCh Beziehungen.

Anlässlich es chinesischen Natio-

nalfeiertags am 1. Oktober gab der chinesische Chefdelegierte bei den Normalisierungsgesprächen, Qian Qichen, zu verstehen, daß die Gespräche "noch lange Zeit ohne Fortschritt bleiben würden" - so die chinesische Sicht. Also: Zwar regelmäßige Außenministerbesuche, aber keine Parteikontakte, zwar halbjährliche Normalisierungsgespräche, aber "noch lange keine Normalisierung in Aussicht, zwar Handel und Kulturaustausch, aber politisches Patt, zwar Offenbleiben der "drei politischen Hauptforderungen" Chinas, aber Modus vivendi.

Im Gegensatz zur VR China geht die Sowjetunion davon aus, daß es "keine objektiven Ursachen" mehr für eine Entfremdung der beiden Seiten gebe. Ginge es den Sowjets nach, so würden die Beziehungen auf allen drei Ebenen (Staat, Partei und Volksdiplomatie) im Handumdrehen normalisiert. Aus Moskau er Sicht geht die Entwicklung in die richtige Richtung und gibt Anlaß zu Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Die sowjetische Führung fühlt sich in dieser Erwartung auch durch den Besuch des Vizepremiers Yao Yilin bestärkt, der Mitte Juli nach Moskau gekommen war und mit seinem alten Partner aus den fünfziger Jahren, dem Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Archipov, Gespräche geführt hatte (XNA, 11.85). Archipov seinerseits war im Dezember 1984 in China gewesen. Zwar gebe es noch "gewisse Hindernisse", doch sei ganz allgemein eine "graduelle Verbesserung" festzustellen.

Beim Besuch Yao Yilins waren zwei Regierungsabkommen unterzeichnet worden, nämlich über Warenaustausch und Zahlungsverkehr für die Zeit von 1986 - 1990 und ein Abkommen über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit beim Bau und bei der Modernisierung von Industrie- und anderen Projekten in der VRCh. Insbesondere ist vorgesehen, daß die UdSSR China mit Maschinen, Ausrüstungsgegenständen, Hubschraubern, Flugzeugen und Automobilen beliefert. Die VRCh ihrerseits wird an die Sowjetunion mineralische Rohstoffe, Baumwolle, Konsumgüter und landwirtschaftliche Erzeugnisse, darunter Mais und Sojabohnen, veräußern. Das Handelsvolumen wird sich im Zeitabschnitt 1986 - 1990 auf 12 Mrd. Rubel erhöhen. Es ist eine Zusammenarbeit beim Bau von sieben neuen Objekten und bei der Modernisierung von 17 Objekten in Bereichen wie Energiewesen, Eisen- und Buntmetallherstellung, Maschinenbau, Kohleindustrie, Chemie und Transportwesen vorgesehen. (XNA, 10.7.85)

Ende 1984 hatte sich das Handels-

volumen zwischen beiden Staaten auf 1,6 Mrd. US\$ belaufen.

China ist inzwischen auch bereit, zuzugeben, daß es während des Zweiten Weltkriegs gewaltige Hilfeleistungen erhalten hat. Zwischen 1938 und 1940 habe die UdSSR an China eine 450 Mio. US\$ Anleihe für den Kauf von Waffen gewährt. Insgesamt seien 3.665 sowjetische Militärberater nach China gekommen, und die Sowjetarmee habe 1.74 Mio. Mann am Ende des Kriegs nach Nordostchina entsandt, um dort die japanischen Invasoren niederzukämpfen. (XNA 10.8.85).

Auch an den beiderseitigen Grenzen im Bereich des Amur und Ussuri sowie im Bereich West-Xinjiang hat sich die Lage beruhigt, nachdem sich die Truppen beider Staaten dort jahrelang bis an die Zähne bewaffnet gegenüber gestanden hatten. Statt Unfreundlichkeiten, ja Schüssen, werden heute wieder Waren ausgetauscht, wie der schnell steigende Grenzhandel in den chinesischen Bereichen Xinjiang, Innere Mongolei und Heilongjiang zeigt.

Inzwischen hat China auch beschlossen, die von Beijing nach Xinjiang führende Eisenbahn demnächst in Richtung Sowjetunion weiterzubauen und sie dort an das zentralasiatische Eisenbahnnetz der Sowjetunion anzuschließen (Renmin Ribao nach SWB, 5.8.85). Entsprechende Pläne bestanden zwar schon zu Beginn der fünfziger Jahre, doch nahmen die Chinesen dann - mißtrauisch geworden - von solchen Vorhaben Abstand.

Die neue Linie Chinas gegenüber der Sowjetunion ist eine Konsequenz der seit 1982 so forciert eingeschlagenen Politik der "Unabhängigkeit", in deren Gefolge China sich entschlossen hat, gegenüber den Supermächten ein etwas differenzierteres Verhältnis einzunehmen, um nicht durch seine bis dahin gepflegte "antihegemonistische" Automatik in gleichsam negative Abhängigkeit zur UdSSR zu geraten. Beijing und Moskau finden heute insofern wieder zu einem gesünderen Verhältnis zueinander, als sie den Glauben aufgegeben haben, daß die kommunistische Ideologie sie aneinander binde. Man stellt stattdessen die eigenen nationalen Ziele wieder stärker ins Kalkül und gewinnt auf diese Weise zum anderen ein realistischeres Verhältnis.

Man sollte bei allen Betrachtungen des sino-sowjetischen Verhältnisses nicht vergessen, daß beide Seiten sich mit jeweils rund 50 Divisionen gegenüberstehen, und daß die Sowjetunion in den letzten drei Jahren weit über 100 SS-20-

Systeme in ihren asiatischen Teil verfrachtet hat, von wo sie z.T. nicht mehr gegen Europa, sondern nur noch gegen Ziele in Asien eingesetzt werden können. -we-

ASIEN

*(3)

Freundliche Gesten gegenüber Birma
Zwischen Februar und Juni 1985 wurde der Südteil der 2.100 km langen Grenze zwischen Birma und der VR China kartographisch festgelegt. Entsprechende Maßnahmen waren vom chinesisch-birmanischen gemeinsamen Grenzinspektionskomitee im Dezember 1984 in Beijing beschlossen worden.

Die Ortsbesichtigungen begannen im Februar 1985. Die chinesischen Inspektoren arbeiteten teilweise bis zu 15 Stunden pro Tag, wobei ihnen die lokale Bürokratie Birmas behilflich war (XNA, 8.6. und 16.10.85).

Bei den Arbeiten handelte es sich um technische Maßnahmen im Rahmen des Grenzvertrags, der zwischen beiden Staaten bereits am 1. Oktober 1960 geschlossen worden war (abgedruckt in "Verträge der VR China mit anderen Staaten, Teil I: Süd- und Ostasien, Bd. 12 I der Schriften des Instituts für Asienkunde in Hamburg, Frankfurt/Berlin 1962, S.20 ff.). Der gemeinsame Grenzausschuß war bereits durch Vertrag vom 28. Januar 1960 vereinbart worden (ebenda, S.20 f.). Im gleichen Abkommen waren die Gebietsabschnitte festgelegt worden, deren topographische Klärung allerdings noch genauerer Untersuchungen bedurfte. Jahrelang waren die Bemühungen um solche technischen Abgrenzungen immer wieder unterbrochen worden, da es um das Verhältnis zwischen China und Birma nicht zum besten bestellt war; nunmehr, nach 25 Jahren, werden aber die Vereinbarungen von damals zügig umgesetzt: ein Zeichen der zwischen beiden Nachbarstaaten inzwischen eingetretenen Klimaverbesserung.

Auch sonst gibt es nur noch freundliche Gesten.

- Anfang Mai besuchte der Vorsitzende der Birmanischen Sozialistischen Programmpartei, der frühere Staatspräsident Ne Win, die Volksrepublik - insgesamt wohl zum zwanzigsten Mal - und wurde von der gesamten Spitzenführung willkommen geheißen und mit Freundschaftsbekundungen überhäuft (XNA, 7.5.85). U.a. verdeutlichte Deng Xiaoping seinem Gast, daß und wie China seine Armee reduzieren werde.

- Zwei Monate vorher hatte Staats-

präsident Li Xiannian an der Spitze der 39köpfigen Delegation dem birmanischen Nachbarstaat eine Visite abgestattet und sich eine Woche lang dort aufgehalten.

Die Teilnahme hochrangiger Militärs an beiden Besuchen läßt vermuten, daß möglicherweise auch die Guerillafrage zur Sprache gekommen ist, die ja zwischen beiden Ländern lange Zeit die Atmosphäre verdüstert hatte. -we-

* (4)

"Vier Punkte" zur chinesisch-japanischen "Freundschaft"

Am 23. März 1984 war anlässlich eines Besuches von KP-Generalsekretär Hu Yaobang in Japan die Gründung eines "Komitees für die chinesisch-japanische Freundschaft im 21. Jahrhundert" vereinbart worden. Aufgabe des Gremiums sollte es sein, unter Zusammenfassung der Politik, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Technik Mittel und Wege zu einer langfristigen stabilen Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern zu erforschen und den beiden Regierungen dafür Vorschläge zu unterbreiten.

Das Komitee besteht aus jeweils zehn Vertretern beider Seiten (Näheres dazu C.a., März 1984, S.138).

Die erste Tagung fand Anfang 1984 in Tokyo, die zweite Sitzung vom 16. bis 18. Oktober 1985 in Beijing statt. Zum Abschluß des Treffens stellte Hu Yaobang vier Punkte heraus, die künftig für die Entwicklung der beiderseitigen Freundschaftsbeziehungen maßgebend sein müßten:

- Die Förderung der gegenseitigen Freundschaft sei die Grundlinie der beiderseitigen staatlichen Politik.

- Im Interesse einer solchen gegenseitigen Freundschaft müßten beide Regierungen und Völker eine "korrekte Haltung gegenüber den Konflikten der Vergangenheit einnehmen". Die heutige Zusammenarbeit solle weder durch die vergangene Feindschaft beeinträchtigt werden noch sollten Befürworter eines neuen Militarismus unterstützt werden - beides ein deutlicher Hinweis sowohl auf die Versuche des japanischen Erziehungsministeriums, die Untaten der Vergangenheit in den Lehrbüchern zu beschönigen als auch auf den Besuch des japanischen Kabinetts am Yasukuni-Schrein.

- Beide Seiten müßten sich ferner bemühen, den chinesisch-japanischen Friedens- und Freundschaftsvertrag (von 1978) in Wirklichkeit

umzusetzen und weiterhin die bereits vereinbarten Vier Prinzipien zu verwirklichen, nämlich Frieden und Freundschaft, Gleichberechtigung, gegenseitigen Nutzen, gegenseitiges Vertrauen und langer Atem in der Befolgung dieser Politik. Bei Auftreten von Schwierigkeiten solle freundschaftlich verhandelt werden.

- Wichtigstes Ziel der beiden Länder solle es schließlich sein, die bilaterale Freundschaft "von Generation zu Generation zu verwirklichen". Beide Seiten sollten sich unablässig um freundschaftliche Beziehungen auch im 21. Jhd. bemühen, indem sie die positiven Faktoren förderten, die negativen Einflüsse aber so weit wie möglich eliminierten (XNA, 16., 18. und 19.10.85).

Bei der Tagung hielt auch Ministerpräsident Zhao Ziyang eine Ansprache.

Inzwischen ist in der am Ende des Zweiten Weltkriegs durch Atombomben zerstörten süd-japanischen Stadt Nagasaki auch die Statue eines jungen Mädchens mit einer Taube eingetroffen. Die im Friedenspark in Nagasaki aufgestellte 3,2 m hohe Figur ist ein Geschenk Chinas an Japan und war von Hu Yaobang während seines Japan-Besuchs 1983 versprochen worden.

Dies sind schöne Worte, die im Alltag nicht immer ihre Entsprechung finden.

Bereits 1977 hatte es z.B. anlässlich der Revision der japanischen Geschichtsschulbücher chinesische Proteste gehagelt. Das japanische Erziehungsministerium hatte damals zwar den Rückzug angetreten, doch hat es im September 1985 eine neue Instruktion herausgegeben, derzufolge Schüler in allen öffentlichen Schulen dazu angehalten werden sollen, bei Schulfeierlichkeiten sowohl die Flagge mit der aufgehenden Sonne zu hissen als auch das Kimigayo-Lied abzusingen. Kimigayo verherrlicht die japanischen Kaiser und ruft, wie Xinhua meint, bei jedem Japaner Assoziationen an den japanischen Militarismus vor und während des Zweiten Weltkriegs hervor. Einige japanische Blätter warfen dem Erziehungsministerium vor, seine Instruktion "schmecke nach Schießpulver". Diesem Urteil schließt sich auch die chinesische Presse an (XNA, 7.9.85). -we-

* (5)

Widersprüche in der chinesischen Japanpolitik

Wie die Kommentare zur Yasukuni-Affäre zeigen, ist die chinesische Japan-Politik von einem

Hin und Her gekennzeichnet: Auf der einen Seite wird der japanische Militarismus angegriffen, auf der anderen Japan zur Erhöhung seiner Militärausgaben ermutigt. Auf der einen Seite wird Japan zum Antihegemonismus aufgefordert, auf der anderen Seite aber auch sein Bemühen um einen Ausgleich mit der Sowjetunion belobigt. Im allgemeinen aber zeigt man sich mit den Entwicklungen in den letzten 13 Jahren, d.h. seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen i.J. 1972, durchaus, wie Deng Xiaoping erst jüngst wieder betonte, "zufrieden" (XNA, 12.10.85), zumal es auch in jüngster Zeit wieder zum Abschluß von Abkommen gekommen ist, die für China durchaus vorteilhaft sind.

- So z.B. wurde am 31. Juli ein Abkommen über die Kooperation zur friedlichen Nutzung der Kernenergie geschlossen. Die Zusammenarbeit soll sich auf die Bereiche Radioisotopen und Strahlung, Erschließung, Nutzbarmachung und Ausbeutung von Uranquellen, Entwurf und Konstruktion von Leicht- und Schwerwasserreaktoren, Reaktorsicherheitsfragen, Verarbeitung und Beseitigung radioaktiver Abfälle, Strahlungsschutz sowie Umweltbeobachtung und -überwachung erstrecken. Nicht zum Vertragsinhalt dagegen gehört die nukleare Wiederaufbereitungstechnologie. Japan ist damit das siebte Land nach der Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Großbritannien, Brasilien, Argentinien und den USA, das mit China ein solches Kernenergieabkommen geschlossen hat.

- Außerdem hat die japanische Regierung der VR China für das am 1. April 1985 begonnene Fiskaljahr 1985/86 Kredite in einer Höhe von insgesamt 75 Mrd. Yen zur Verfügung gestellt. China wird die Kredite in erster Linie zur Finanzierung von Projekten im Energie- und Transportbereich einsetzen. Dabei geht es um die Erweiterung bzw. Elektrifizierung von Eisenbahnstrecken, den Ausbau von Häfen, die Erweiterung von Kommunikationsnetzen und den Bau eines Wasserwerks. Die nicht projektgebundenen Kredite haben eine Laufzeit von dreißig Jahren und unterliegen einem Zinssatz von 3,5% pro Jahr, wobei die Tilgungszeit erst nach zehn Jahren beginnt.

- Am 6. Oktober wurde ferner ein Austauschprogramm im Erziehungs-, Medizin-, Nahrungsmittelverarbeitungs- und Landwirtschaftsbereich für 1986 unterzeichnet (XNA, 7.10.85).

- Inzwischen wurde zwischen China und Japan eine dritte Flugroute eröffnet, nämlich zwischen Tokyo

und Dalian in der Provinz Liaoning. Die beiden anderen Routen führen von Tokyo nach Shanghai via Nagasaki und von Beijing nach Nagasaki via Shanghai (XNA, 22.4.85).

Problematisch für China ist das wachsende Handelsdefizit mit Japan, das Ende 1984 bereits auf 2 Mrd. und bis Mitte 1985 auf 2,3 Mrd. US\$ angestiegen war. Kein Geringerer als Deng Xiaoping hat eine Lösung dieses Problems gefordert, wenn es nicht zu Störungen im bilateralen Verhältnis kommen sollte (XNA, 11.10.85). In diesem Zusammenhang weist China auch immer wieder auf die riesigen Handelsbilanzüberschüsse Japans hin. Allein in der ersten Hälfte des Fiskaljahrs 1985/86 seien 24,3 Mrd. US\$ an Überschüssen erzielt worden - die größte Summe dieser Art in der japanischen Geschichte. Japans Exporte in diesem Zeitraum seien um 1,7% auf 87,6 Mrd. US\$ angewachsen, während zur gleichen Zeit die Einfuhren gegenüber dem Vorjahresraum um 7,5% auf 63,3 Mrd. US\$ zurückgingen. Japans Exporte nach China beliefen sich in diesem Zeitraum auf 6,6 Mrd. US\$, seine Importe aus China auf 3,2 Mrd. US\$ (XNA, 14.10.85). -we-

*** (6)
Ärgernis Japan: japanische
Kriegsverbrechen und der Besuch
des Yasukuni-Schreins durch
Ministerpräsident Nakasone**

Am 15. August besuchten Ministerpräsident Nakasone und 13 Kabinettsmitglieder anlässlich des 40. Jahrestags der Kapitulation Japans den Yasukuni-Schrein in Tokyo, die Gedenkstätte für die "nationalen Helden" Japans, unter denen sich allerdings auch zahlreiche Offiziere befinden, die wegen Kriegsverbrechen während des Zweiten Weltkriegs verurteilt worden sind. Im Yasukuni-Schrein werden, wie Xinhua betont, auch 14 "Kriegsverbrecher der 1. Klasse" als "Opfer des Kriegs" verehrt (XNA, 17.8.85). Die chinesische Seite bezeichnet die Huldigung am Yasukuni-Schrein für den "einzigen Mißton im weltweiten Chor des Friedens" anlässlich des 15. August. In Beijing wurde dieser Besuch, der erste eines japanischen Premierministers seit Ende des Zweiten Weltkriegs, mit Empörung aufgenommen (XNA, 17.8.85). Xinhua (XNA, 16., 17. und 18.8.85) konstatierte nicht nur den Protest der japanischen Oppositionsparteien sowie der "japanischen öffentlichen Meinung", sondern gab auch eine offizielle Protestnote heraus und sorgte auch dafür (oder tat zumindest nichts dagegen), daß es in Beijing zu antijapanischen Demonstrationen kam, an denen mehr

als tausend chinesische Studenten teilnahmen.

Die japanische Seite habe, wie es in der Protestnote hieß, "unsere freundschaftlichen Ermahnungen mißachtet und am offiziellen Besuch des Schreins festgehalten, wodurch die Gefühle des chinesischen Volks zutiefst verletzt wurden" (XNA, 19.9.85).

Die antijapanischen Kundgebungen hielten noch mehrere Tage lang an, und zwar nicht nur in Beijing, sondern auch in Xi'an, der Hauptstadt der nordchinesischen Provinz Shaanxi. Die Demonstranten protestierten in Sprechchören und auf Spruchbändern gegen eine angeblich neue Militarisierung Japans sowie gegen den wachsenden Strom japanischer Importwaren. Sie riefen zum Boykott japanischer Produkte auf und warnten vor einer "wirtschaftlichen Invasion Chinas" durch die Japaner. Die Demonstrationen in Xi'an fanden z.T. vor Hotels für Ausländer statt.

Anlässlich des 40jährigen Jahrestags der japanischen Kapitulation kam es in Beijing zu einer feierlichen Zeremonie vor dem Monument für die Volksheroen auf dem Platz vor dem Tor des Himmlischen Friedens (XNA, 14.8.85). Gleichzeitig wurde im Militärmuseum in Beijing eine Gedenkausstellung eröffnet mit 2.000 Bildern und Gegenständen aus dem "Antijapanischen Krieg".

Die Achte Marsch-Armee, die neue Vierte Armee, die Nordost-antijapanische Armee und die südchinesischen Guerillas hätten unter der Führung der KPCh mehr als 520.000 japanische und über 1,1 Millionen "Lakaiensoldaten" (gemeint sind Guomindang-Soldaten) in über 125.000 Kämpfen hinter den Feindlinien ausgeschaltet.

Zwischen 1937 und 1941, als China im Kampf gegen Japan allein stand, habe Japan 1,4 Millionen Soldaten nach China entsandt, die sich z.T. schwerster Ausschreitungen gegen die Zivilbevölkerung schuldig machten.

Allein beim "Massaker von Nanjing" i.J. 1937, das unmittelbar im Anschluß an die Eroberung der vorher heftig verteidigten damaligen Hauptstadt erfolgte, seien 300.000 Menschen von den Japanern auf teilweise grauenhafte Weise ermordet worden (XNA, 14.8.85). Das "Nanjing-Massaker", das von Teilen der japanischen Öffentlichkeit inzwischen so gut wie geleugnet wird, gilt als eines der dunkelsten Kapitel in der neueren sino-japanischen Geschichte. Nachdem im Dezember 1937 Nanjing gefallen war, herrschten sechs Wochen lang Mord, Terror und Elend innerhalb

und außerhalb der Stadt. Am Flußufer im nördlichen Stadtteil Yanzi wurden z.B. rd. 30.000 entwaffnete Soldaten und 20.000 Stadtbewohner, die sich dorthin geflüchtet hatten, von japanischen Truppen mit Maschinengewehren zusammengeschossen. Zehntausende von Flüchtlingen wurden im Freien gehalten und dort dem Hunger- und Erfrierungstod überlassen. Die Haupterschießplätze lagen alle entlang dem Changjiang-Ufer. Insgesamt sind heute 13 Massensterben durch Gedenksteine gekennzeichnet. Über 190.000 Menschen wurden zusammengetrieben, en masse niedergeschossen und ihre Leichen in Brand gesteckt; weitere 150.000 wurden einzeln, z.T. durch Bajonettsangriffe oder durch Enthauptung mit dem Schwert, ermordet. Mindestens 20.000 Frauen und Mädchen wurden vergewaltigt. Ganze Bezirke der Stadt wurden systematisch niedergebrannt - die Tai-ping-Straße, die wichtigste Geschäftsallee, war ein Flammenmeer.

Über diese Vorgänge wurde von den japanischen Militärs eine Nachrichtensperre verhängt, doch ließen sie sich auf die Dauer nicht geheimhalten. In China haben inzwischen 1.756 Augenzeugen, die dem Massaker entgangen sind und heute noch leben, über die Einzelheiten zu Protokoll berichtet.

Dies sind die Ereignisse, vor deren Hintergrund die chinesische Empörung über den Besuch des Yasukuni-Schreins durch den japanischen Regierungschef gesehen werden muß.

Der Zweite Weltkrieg dauerte in China nicht weniger als acht Jahre, also zwei Jahre länger als in Europa. Was Menschenleben und Sachwerte betrifft, erlitt China mit die schwersten Verluste. Offiziell geht man heute davon aus, daß in diesen acht Jahren 21 Millionen Chinesen getötet oder verwundet wurden. Keine Familie, die nicht irgendwie direkt oder indirekt betroffen wurde.

Das "Japan-Erlebnis" Chinas beschränkte sich aber nicht nur auf die acht Jahre von 1937 bis 1945, sondern umfaßte auch den Verlust Taiwans nach dem Krieg von 1894/95 und die Besetzung Nordostchinas im Zuge der japanischen Militäraktionen in den Jahren 1931 ff. Guomindang-China hatte auf die Besetzungsaktionen zu Beginn der dreißiger Jahre noch mit Beschwichtigung reagiert. 1937 stellte sich erneut die Frage, ob China sich vor dem Angreifer auf die Knie werfen oder ob es gegen ihn aufstehen und kämpfen sollte. Manchmal wird die Situation von der Beijinger Propaganda heute so dargestellt, als wären nur die Kommunisten zum Kampf entschlossen ge-

wesen. Es waren aber in Wirklichkeit die Guomindang-Kräfte, die die Hauptlast der Abwehrarbeit trugen und die auch unter den japanischen Angriffen am meisten zu leiden hatten.

Die chinesische Führung befindet sich gegenüber Japan in einer höchst ambivalenten Lage: Auf der einen Seite spricht sie sich gegen den gerade im Zusammenhang mit dem Yasukuni-Schrein-Besuch wieder aufgekommenen japanischen "Militarismus" aus, auf der anderen Seite aber klatscht es den Japanern Beifall, weil sie inzwischen beschlossen haben, ihre Verteidigungsausgaben zu erhöhen. Bisher war der Verteidigungshaushalt Japans stets unter 1% des BSP geblieben. Für den Zeitraum 1986-90 wurde nun jedoch beschlossen, diese Ausgaben auf 1,02% des BSP anzuheben (XNA, 5.10.85).

Diese verstärkten Verteidigungsanstrengungen Japans entsprechen den chinesischen Intentionen. Beijing hatte bereits in den vorangegangenen Monaten die Japaner, mit Seitenblick auf die von Jahr zu Jahr wachsende Stärke der sowjetischen Parzifikflotte, zu erhöhten Verteidigungsanstrengungen gemahnt.

Gleichzeitig zeigte sich Beijing jedoch auch positiv beeindruckt von den japanischen Bemühungen, mit der UdSSR zu einem besseren Verhältnis zu kommen (XNA, 2.10.85).

In Harbin, der Hauptstadt der Provinz Heilongjiang, wurde am 15. Oktober der ehemalige Kommandoposten der japanischen Einheit Nr.731 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Diese Einheit der Kwantung-Armee hatte während des Zweiten Weltkriegs Bakterienexperimente durchgeführt und Versuche an mehr als 3.000 Menschen, darunter alliierten Kriegsgefangenen, vorgenommen. Die Versuchsanstalt hieß nach außen hin "Seuchenbekämpfungsabteilung für die Wasserversorgung der Kwantung-Armee". Der größte Teil der Gebäude war von den Japanern kurz vor der Kapitulation zerstört worden.

Zum 40jährigen Jubiläum veranstaltete China auch einen antifaschistischen Filmmonat, der vom 15. August bis zum 15. September dauerte und bei dem 31 chinesische und ausländische Filme zum Thema gezeigt wurden, einschließlich dreier sowjetischer Filme, zu denen auch "Die Schlacht von Stalingrad" gehörte (XNA, 14.8.85). -we-

AUSSENPOLITIK ALLGEMEIN

*(7)

Acht Prinzipien der chinesischen Diplomatie

Anlässlich einer Massenkundgebung zu Ehren des rumänischen Partei- und Staatschefs Ceausescu bekräftigte Generalsekretär Hu Yaobang erneut die Acht Prinzipien der chinesischen Diplomatie.

- Freundschaftliche Beziehungen zu allen Ländern der Welt auf der Grundlage der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz;
- Unabhängigkeit in der Außenpolitik, d.h., keine Abhängigkeit von irgendeiner Großmacht oder von einem Staatenblock, und keine strategischen Beziehungen oder Bündnisse mit solchen Großmächten oder Blöcken;
- Zusammenarbeit mit allen "friedliebenden" Ländern und Völkern im Sinne des Antihegemonismus und zur Wahrung des Weltfriedens;
- Politik der offenen Tür;
- Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt;
- keine Hegemoniebestrebungen;
- außenpolitische Prinzipien dürfen nicht zugunsten kurzfristiger Überlegungen geopfert werden;
- Freundschaft gegenüber anderen Ländern, allerdings nicht auf Kosten von Prinzipien (XNA, 10.10.85; gemeinsames Kommuniqué XNA, 14.10.85). -we-

*(8)

Anlässlich des 40. Jahrestages der UNO: des Lobes voll für die Friedens- und Entwicklungsdienste der Weltorganisation

Seit die UNO am 24. Oktober 1945 ins Leben gerufen wurde, ist die Mitgliederzahl von 51 auf inzwischen 159 angestiegen - vor allem wegen des Hinzutritts immer neuer Staaten aus der Dritten Welt. Zwischen 1955 (Bandung-Konferenz) und 1958 kamen 23 Länder hinzu, zwischen 1960 und 1966 gleich 40 - allesamt Entwicklungsländer!

China wurde durch Beschluß vom 25. Oktober 1971 in die UNO aufgenommen, d.h., Taiwan mußte damals die Weltorganisation zugunsten der Volksrepublik verlassen.

Hauptziel der UNO ist die Wahrung des Weltfriedens - ein Ziel, das den chinesischen Reformern heute besonders am Herzen liegt. China unterstützt u.a. die regelmäßigen Resolutionen in der Israel-, der Südafrika-, der Afghanistan- und der Kambodscha-Frage und stellt sich auch hinter die Abrüstungsvorschläge der UNO. 1952 hatte die UNO-Vollversammlung eine Abrüstungskommission institutionalisiert. 1978 hielt die UNO-Vollver-

sammlung die erste Sonderkonferenz über Abrüstungsfragen ab, in deren Schlußdokument die Gründung einer Abrüstungskommission, der alle Mitgliederstaaten angehören sollten, enthalten war. Diese Kommission berief 1979 die erste Konferenz ein, auf der alle Länder gleichberechtigt über Abrüstung und Sicherheit diskutierten. Seit 1980 nimmt auch China an der Abrüstungskonferenz teil. Bei der zweiten Sondertagung über Abrüstungsfragen im Juni 1982 brachte China seine Sechs Grundprinzipien zur Abrüstung ein: (1) Abrüstung und internationale Sicherheit sind untrennbar; (2) die beiden Supermächte müssen als erste abrüsten und sich verpflichten, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen; (3) nukleare und konventionelle Abrüstung müssen Hand in Hand gehen; (4) kleine und mittelgroße Länder müssen defensivfähig bleiben; (5) Kontrollmaßnahmen; (6) Teilnahme an Abrüstungsverhandlungen auf der Basis der Gleichberechtigung.

Im Zusammenhang mit den Hiroshima- und Nagasaki-Gedenkfeiern bekräftigte die chinesische Führung erneut, daß sie das Wettrüsten bekämpfen, daß sie sich auf eine kleine Zahl von defensiven Atombomben beschränken und daß sie niemals als erstes Kernwaffen einsetzen werde.

Zweites Hauptziel der UNO ist eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, die vor allem von der "Gruppe 77" mit besonderem Nachdruck gefordert wird. China hat sich deren Forderungen zu eigen gemacht und sich vor allem bei der Gipfelkonferenz von Cancun (Oktober 1981) engagiert. Auch bei der dritten Seerechtskonferenz, bei der eine neue Seerechtskonvention ausgearbeitet wurde, war China maßgeblich beteiligt.

Dies alles zeigt nach Ansicht der chinesischen Führung, daß die Dritte Welt im Vormarsch ist und daß durch das heilsame Wirken der UNO hegemonistische Bestrebungen der Supermächte eingedämmt werden. Frieden und Entwicklung sind die beiden Kardinalfragen, denen die UNO mit besonderer Effizienz diene. (So Zhao Ziyang, XNA, 21.10.85)

Am 26. September hielt Außenminister Wu Xueqian eine Rede zum 40. Jahrestag, bei der er das chinesische Lob für die Weltorganisation nochmals feierlich wiederholte und darüber hinaus forderte, daß die Rolle des Sicherheitsrats gestärkt werden müsse. Der Sicherheitsrat, der lt. UNO-Charta ja alle Mitgliedstaaten vertreten, dürfe nicht von einigen Großmächten monopolisiert werden. In Zukunft müsse al-

so das Konsultationsprinzip auf breiterer Basis verwirklichen werden (XNA, 27.9.85).

Wirtschaftlich, technologisch und sozial gibt es eine ganze Reihe von Projekten, bei denen China mit der UNO zusammenarbeitet. Seit 1978 hat die Volksrepublik vor allem den Löwenanteil der UNDP(UNO-Entwicklungsprogramm)-Gelder abgeschöpft, nämlich nicht weniger als 178 Mio.US\$ von insgesamt 302 Mio. Aus UNDP-Mitteln wurden Projekte in den Bereichen Maschinenbau, Elektronik, Verkehr, Energie, Baumaterialien etc. finanziert. Dazu gehören u.a.

- vierzig technische Zentren, Fabriken und Stationen, wie das Internationale Wirtschaftszentrum für Informationsverarbeitung oder das Forschungszentrum für die Verpackung von Exportwaren;
- Beihilfe für die Bevölkerungszählung i.J. 1982;
- Lieferung von Impfstoffen, Nahrungsmitteln etc. im Rahmen des Weltkinderhilfswerks;
- Modernisierung der Lehrmethoden in einigen Hochschulen und Mittelschulen;
- Getreide und Lebensmittel im Rahmen des Welternährungsprogramms (China erhielt hierbei zwischen 1979 und 1985 Lieferungen im Werte von rd. 400 Mio. US\$);
- Bodenmeliorationsprojekte, Hilfe bei der Anlage von Waldschutzgürteln, bei der Erstellung von Molkereianlagen etc.

Daneben erhielt China im Fiskaljahr 1985, das am 30.Juni zu Ende ging, von der Weltbank Kredite in Höhe von 1,1 Mrd.US\$. Zwischen 1979 und 1985 zahlte ferner das Amt des Hochkommissars der UNO für das Flüchtlingswesen 51 Mio.US\$, weil China rd. 220.000 vietnamesische Flüchtlinge aufgenommen hat. Dieser Summe stehen allerdings rd. 600 Mio.US\$ an Eigenkapital gegenüber, die China seinerseits für den gleichen Zweck aufzuwenden hatte.

Für die zahlreichen Leistungen erbringt China auch Gegendienste. Mit UNO-Hilfe wurden in der Volksrepublik beispielsweise sieben Forschungs- und Bildungszentren errichtet, deren Zweck es ist, Fachkräfte aus Entwicklungsländern in den Bereichen Süßwasserfischzucht, Seidenraupenzucht, Bau von kleinen Wasserkraftstationen, Metallurgie, Gesundheitsschutz und Akupunktur auszubilden. -we-

INNENPOLITIK

*
*
* * * * *

*(9)
Über 42 Millionen KPCh-Mitglieder
Mit über 42 Millionen hat der ständige stellvertretende Vorsitzende der ZK-Ausrichtungskommission und der Zentralen Beraterkommission, Bo Yibo, die gegenwärtige Zahl der KPCh-Mitglieder beziffert. Bo machte diese Angabe in einer Rede vom 30.Juli 1985, die am 16.Oktober vom ZK-Theorieorgan Rote Fahne abgedruckt wurde.

Seit 1949 hat die Entwicklung der KPCh-Mitgliedszahlen folgende Entwicklung genommen:

1949:	4,5 Mio.
1952:	6 Mio.
1957:	12,7 Mio.
1963:	18 Mio.
1969:	22 Mio.
1973:	28 Mio.
1979:	36 Mio.
1983:	41 Mio.
1985:	42 Mio. -sch-

*(10)
Viele KPCh-Mitglieder entsprechen nicht den heutigen Anforderungen
Der ständige stellvertretende Vorsitzende der ZK-Ausrichtungskommission und der Zentralen Beraterkommission, der 77jährige Bo Yibo, kritisierte in einer erst Mitte Oktober veröffentlichten Rede vom 30.Juli 1985, daß "ziemlich viele" (xuduo) Parteimitglieder nicht den Anforderungen der neuen historischen Epoche genügten. Ein "relativ großer Teil" (xiangdang yibufen) der KPCh-Mitglieder entsprechen nicht oder sogar in keiner Weise den (im Parteistatut festgelegten) Maßstäben, die an die Parteimitglieder gelegt werden sollten. Gerade in letzter Zeit seien, so Bo Yibo, einige negative Erscheinungen innerhalb der Partei aufgetreten, die die Reformen und die "Vier Modernisierungen" behinderten. Der Hauptgrund hierfür sei in dem üblen Einfluß der "Kulturrevolution" zu suchen, die dazu geführt habe, daß die Qualität der KPCh-Mitglieder gesunken sei. Ein weiterer wichtiger Grund sei, daß die politisch-ideologische Arbeit in einigen Regionen und auf einigen Gebieten über eine lange Zeit hinweg vernachlässigt worden sei. Um das politische Bewußtsein und das Verhalten der Parteimitglieder zu verbessern, forderte Bo Yibo eine umfassende und intensive Erziehung der Parteimitglieder über die kommunistischen Ideale und über die grundlegende Theorie des Marxismus. Die Reformen und die Öffnung nach außen könnten, so Bo Yibo, nur dann erfolgreich sein, wenn die Parteimitglieder über

Disziplin, Ideale und einen guten Arbeitsstil verfügten.

Bo Yibo forderte in seiner Rede vom 30.Juli außerdem eine angemessene Bekämpfung "rechter" Tendenzen. Während der ersten Phase der politischen Ausrichtung der KPCh habe man ausschließlich die "linken" kulturevolutionären Einflüsse bekämpft. Während der gegenwärtigen zweiten Phase sei es jedoch notwendig, gleichzeitig auch gegen die Ideologie des bürgerlichen Liberalismus und gegen die ausschließlich materiell fixierte Einstellung, "nur nach dem Geld zu schielen", vorzugehen. Darüber hinaus müßten der Amtsmißbrauch für private Zwecke, die Anbetung ausländischer Dinge und andere dekadente Erscheinungen bekämpft werden. Hierbei warnte Bo Yibo allerdings vor Übertreibungen. Darüber hinaus betonte Bo Yibo, daß die politische Ausrichtung der KPCh in den Dienst der Reformen gestellt werden müsse: Die Ausrichtung der Partei müsse die Reformen absichern und vorantreiben. (HQ, 16.10.85) -sch-

*(11)
Aufruf zur Einheit der Parteiführungskader und älterer Genossen - Differenzen zwischen jungen Reformern und alten Beratern?
Der Ständige Ausschuß der Zentralen Beraterkommission kam am 10. Oktober 1985 zu seiner 18.Sitzung zusammen. Es handelte sich um eine erweiterte Sitzung, da außer elf (von 22) Mitgliedern des Ständigen Ausschusses noch 62 amtierende und kürzlich ausgeschiedene Mitglieder der Zentralen Beraterkommission teilnahmen. Im Zentrum der Sitzung stand die Frage des Studiums und der Verwirklichung der Beschlüsse der Nationalen Delegiertenkonferenz der KPCh vom September 1985. In auffälliger Weise betonte der stellvertretende Vorsitzende der Zentralen Beraterkommission, der 77jährige Bo Yibo, in seiner Rede die Notwendigkeit der Einheit der Parteiführungskader und der alten Revolutionäre:

"Die Frage der Einheit ist von größter Bedeutung, (denn) die Einheit der Partei ist der Schlüssel für gesellschaftliche Ruhe und Ordnung ... Die führenden Kader und die älteren Genossen unserer Partei spielen in der Frage der Stärkung der Einheit der Partei eine wichtige Rolle und tragen eine entsprechende Verantwortung. Ziemlich viele Genossen (aber offensichtlich nicht alle, Anm. des Verfassers) haben sich in dieser Hinsicht beispielhaft verhalten, (doch) wir müssen - zusammen mit den Genossen der gesamten Partei - noch weitere Anstrengungen unternehmen, um die Einheit der Partei